

treffend die Möglichkeit einer Luftverbindung von Indien nach Australien über Singapur, ange stellt.

Der neue Friedensvorschlag der Bolschewiki-Regierung.

Von der Entente nicht beantwortet.

London, 28. Dezember.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Bedingungen, unter denen die Bolschewiki-Regierung jetzt geneigt ist, an die Regierungen der Alliierten wiederum mit einem Friedensvorschlag heranzutreten, sich in keiner Weise von denen unterscheiden, die Litwinow im letzten Monat durch die norwegische Regierung angeboten hat. Die Vorschläge der Bolschewiki wurden, da sie von einer Regierung kommen, die weder von den Alliierten anerkannt ist, noch Rußland repräsentiert, nicht beantwortet. Die Lage bleibt insolge dessen, was die allgemeine Haltung der Alliierten gegenüber Rußland betrifft, unverändert. Ueber die Politik der Alliierten wurde keine Erklärung abgegeben, da über die ganze Frage gegenwärtig Besprechungen im Gange sind.

Bericht der Entente auf die Intervention in Rußland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 28. Dezember.

Nach einer offiziellen Meldung des „Secolo“ aus Paris, verzichten Frankreich und England, unter dem Druck der extremen Parteien, auf die Intervention in Rußland.

Begnahme zweier Zerstörer der Bolschewiki durch ein englisches Kriegsschiff.

London, 27. Dezember.

Reuter meldet: Das britische Kriegsschiff „Calypso“ meldet, daß es zwei Zerstörer der Bolschewiki erbeutete, wovon einer damit beschäftigt war, den Leuchtturm von Reval zu beschließen. Offiziere und Mannschaften wurden gefangen genommen.

Kein türkischer Staatsbankrott.

Bern, 27. Dezember. (Z.-R.)

Der türkische Gesandte Fuad Bey ersucht die Schweizerische Telegrapheninformation, die im Auslande verbreiteten Meldungen von einem beabsichtigten türkischen Staatsbankrott entschieden zu dementieren. Keine einzige dem Gesandten zugegangene amtliche Nachricht weist auf eine derartige Regierungsmaßnahme hin.

Die Wiener Tagung der deutschböhmisches Landesversammlung.

Wien, 28. Dezember.

Landeshauptmann Dr. v. Lodgman eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Neue Mitglieder.

Als neue Mitglieder wurden von den einzelnen Parteien in die Landesversammlung entsendet: von der sozialdemokratischen Partei: Beutel, Czernak, Kellingbauer, Örgener, Goltz, Hecker, Dr. Heller, Sladik, Jirich, Dr. Hollitscher, Kieferwetter, Kreibich, Leibl, Lorenz, Perthen Anna, Pohl, Bretsch, Reizner, Roscher, Schiller, Schweichardt, Schmiedlung, Sponer Marie und D. Witte;

von der christlichsozialen Partei: Böhr, Bobek, Röttig und Tille;

von der deutschböhmisches Arbeiterpartei: Bejgel;

von der deutschnational-sozialistischen Arbeiterpartei Deutschböhmens: Krebs;

von der deutschradikalen Partei: Dr. Fleischmann (an Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Tobisch), Siegel (für den verstorbenen Abg. Kasper) und Dr. Scheiter (für den verstorbenen Abg. Köffel).

Anträge des Landesrats.

Der Landesrat unterbreitet einen Antrag wegen Ermächtigung der Regierung zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben für die Monate Januar, Februar, März 1919. Es wird der Antrag gestellt, die Landesregierung zu ermächtigen, für die nächsten drei Monate die notwendigen Ausgaben gegen spätere Verrechnung aus den vorhandenen Mitteln zu bestreiten; weiter einen Antrag, betreffend die Auszahlung von Entschädigungen an diejenigen Beamten, die genötigt sind, ihren Dienst außerhalb des ständigen Wohnsitzes zu versehen; schließlich einen Antrag, wonach die Bevölkerung Deutschböhmens aufgefordert wird, die deutschösterreichische Staatsanleihe nach Kräften zu zeichnen. Diese Anträge werden dem Finanzausschusse zugewiesen. Sie werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden.

Vom Landesrate wird ein Dringlichkeitsantrag wegen widerrechtlicher Besetzung deutschböhmisches Gebiete durch czechische Truppen eingebracht. Den Aufruf an das deutschböhmisches Volk, den der Dringlichkeitsantrag enthält, veröffentlichen wir an anderer Stelle.

Landeshauptmann Dr. v. Lodgman macht Mitteilung davon, daß die Abgeordneten Klebanauer, Mairner, Paulik, Soukup und Dr. Wichtl in Folge der Gebietsenteilung des deutschösterreichischen Staates der Landesversammlung nicht mehr angehören. Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Rede des Landeshauptmanns.

Landeshauptmann Dr. v. Lodgman verweist auf die seit der letzten Tagung der Landesversammlung eingetretene Besetzung Reichenbergs und stellt fest, daß alles das, was wir durch jäh Arbeit und unermüdete Ausdauer aufgebaut hatten, dem Kriegszustande zum Opfer gefallen ist, in welchem sich die Provinz Deutschböhmen heute befindet. Die vornehmste Sorge der Landesregierung galt der Sicherstellung der Ernährung und der Verforgung der Bevölkerung mit den dringendsten Bedarfsgegenständen. Alle Arbeiten mußten wir in einer Zeit der gewaltigsten Umwälzungen durchführen, in einer Zeit der Gärung, in einer Zeit, in der die frühere österreichisch-ungarische Armee zerfallen und noch keine sie ersetzende Institution an ihre Stelle getreten war. Trotz dieser ungeheuren Schwierigkeiten hatten wir die Verwaltung des Landes sicher gestellt.

Da zerstörte der Feind unser Werk, besetzte zunächst die wichtigsten Verkehrswege und schließlich das ganze Land. Eine rechtliche Begründung für dieses Vorgehen der czecho-slowakischen Republik wurde nicht gegeben. In der ersten Zeit wurde mit Vorliebe bei der Besetzung deutscher Gemeinwesen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Es ist ja richtig, daß es in der ersten Zeit des Umsturzes an verschiedenen Orten zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen war. Dem Zusammenarbeiten der ordnungsliebenden Bevölkerung jedoch war es gelungen, dieser Ausschreitungen Herr zu werden, und die in der ersten Zeit in freundschaftlicher Weise angebotene Hilfe war zu einem unerträglichen, weil aufgezwungenen Eingriff in die Selbstverwaltung des deutschen Volkes in Böhmen geworden, als es immer klarer wurde, daß diese angebotene Hilfe nur der Vorwand sein sollte, um die vollendete Tatsache der Besetzung deutschen Gebietes durch die Czechen zu schaffen. Auch die gefährdete Sicherheit czechischer Minderheiten mußte zum Vorwande dienen, wenn es galt, deutschen Boden in czechische Gewalt zu bringen, und ich halte mich für verpflichtet, hier öffentlich und

feierlich festzustellen, daß eine solche Gefährdung czechischer Minderheiten nirgends gegeben war (lebhaft Zustimmung), ja daß im Gegenteil an vielen Orten zwischen der czechischen und deutschen Bevölkerung zweifelloses Einvernehmen darin bestand, den umherschweifenden Ausschreitungen, welche sich fast ausnahmslos gegen das öffentliche Gut gerichtet haben, Einhalt zu gebieten. Es muß aber auch festgestellt werden, daß diese Plünderungen an einzelnen Orten gerade dadurch hervorgerufen worden sind, daß bekannt wurde, daß die czechischen Truppen Liquidationsgüter des zerfallenen österreichischen Staates abtransportiert und verwendet haben (Zustimmung), ohne daß sie der Gesamttheit zugute gekommen wären.

Die deutschböhmisches Landesregierung hat es für ihre Pflicht angesehen, so lange als möglich auf deutschböhmischem Boden zu bleiben. Sie war von der Landesversammlung auf den von ihr eingenommenen Platz gestellt worden, sie betrachtete sich als die einzige berechtigte Vertretung Deutschböhmens und durfte daher diesen Rechtstitel auch unter den schwierigsten Verhältnissen nicht preisgeben.

Das Vorgehen der czechischen Truppen im Lande selbst ist unerhört, und nicht nur den Grundgesetzen des Völkerrechtes, sondern in vieler Hinsicht auch den Geboten der Menschlichkeit Hohn sprechend. Poehnd auf die Wehrlosigkeit des Landes lassen sich diese Truppen Eingriffe in die Privatrechte einzelner Personen zuschulden kommen, Lebensmittel, aber auch andere Bedarfsgegenstände, ja sogar oft recht armliche Habseligkeiten werden einfach weggenommen; das Gepäck der Reisenden wird durchsucht, Personen werden in unerhörter Weise belästigt, beschimpft, tätlich angegriffen und oft mit dem Tode bedroht; Geiseln werden ausgehoben, öffentliche Funktionäre ihrer Ämter entsetzt und durch Gewalttätigkeiten gezwungen, sich den Wünschen des eingedrungenen Feindes zu unterwerfen. Deutscher Grund und Boden wird als czechisches Eigentum verkündet; was deutscher Fleiß, deutsche Arbeit und deutsche Kultur geschaffen, wird in den Dienst der czechischen Republik gestellt, darunter auch die Älteste deutsche Universität, über deren kulturelle Bedeutung für das czechische Volk die Geschichtsblätter verfloßener Jahrhunderte berichten. Die äußeren Wahrzeichen der czechischen Republik treten in Gestalt der czechischen Farben allüberall in Erscheinung. Deutsche Sprache, deutsche Aufschriften verfallen der Vernichtung durch den zügellosen Feind, und mit solchen Taten wird die von den Czechenführern verkündete Gleichberechtigung der Völker eingeleitet!

Ich spreche im Namen Deutschböhmens, ich spreche aber auch im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Europas und der ganzen Welt, wenn ich gegen diese Schandtat feierlich Verwahrung erhebe. Eine Verwahrung, deren Berechtigung bereits eine unparteiische Geschichtsschreibung anerkennen wird. Von Siegen beraubt, die sie nicht ersuchten (lebhafter Beifall und Handklatschen), haben die czechischen Soldaten das deutsche Land als Beutestück des Krieges betrachtet und tun dies noch heute!

Unter solchen Verhältnissen war es offenkundig, daß den Schlußstein des czechischen Vordringens die Besetzung des vorläufigen Sitzes der Landesregierung und das Bestreben bilden würde, jene Personen unschädlich zu machen, welche die Vertretung des Landes auf Grund freier Wahlen bilden. Dadurch wäre Deutschböhmen seiner gesetzlichen und einzig rechtmäßigen Vertretung beraubt, es wäre ein Zustand geschaffen worden, in welchem es niemandem möglich gewesen wäre, namens des gesamten Landes die unverjährbaren Ansprüche aufrecht zu erhalten, zu vertreten und zu verteidigen. Dies durfte unter keinen Umständen geschehen und daher hat sich die Regierung, als das planmäßige Vorgehen der czecho-slowakischen Republik offenkundig war, entschlossen, den deutschböhmisches Boden zu verlassen. Von der Heimat getrennt, in die Unmöglichkeit versetzt, die Geschichte des Landes zu lenken und die Verantwortung für seine Verwaltung zu tragen, glaubt die Regierung für Deutschböhmens Zukunft am besten zu sorgen, wenn sie auch in der Fremde als sichtbares Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes Deutschböhmens arbeitet und wirkt.

Deutschböhmens Zukunft ist bereits entschieden! Die Deutschen in Böhmen können nichts Besseres tun, als sich mit Herz und Hand der czecho-slowakischen Republik zu verschreiben, wogegen ihnen in hochherziger Weise die Wahrung ihrer kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnisse zugesichert wird. Diese Behauptung lehnt in den verschiedenen Reden der neuen Würdenträger der czecho-slowakischen Republik immer wieder. Diese Aufforderung kommt aber einer Unterwerfung vollständig gleich: denn nicht soll mit uns verhandelt werden als mit Gleichem und Freien, sondern die vorherige Unterwerfung und Anerkennung der czechischen Ansprüche auf urdeutsches Gebiet ist die Voraussetzung der czechischen Politik. Minister Strizburg soll in einer Versammlung am 18. Dezember in der Produktionsbörse in Prag festgesetzt haben, daß die Deutschen Böhmens von den Czechen wiederholt zur Mitarbeit an dem Aufbau des czechischen Staates, so zum Beispiel ich selbst am 28. Oktober, eingeladen worden seien. Ich stelle fest, daß ich persönlich am 28. Oktober gar nicht in Prag gewest habe (Hört! Hört!), daß ich aber auch sonst nicht in die Lage versetzt wurde, einer solchen Einladung zu folgen. (Hört! Hört!) Ich habe wiederholt mit den führenden Persönlichkeiten des czechischen Volkes auf Grund unserer jahrelangen Bekanntschaft eingehende Besprechungen über die politischen Entwicklungen vor und nach dem Umsturze gepflogen, und gerade die jetzt an der Spitze befindlichen Männer werden mir zugestehen, daß ich auch zu einer Zeit den Mut gehabt habe, für berechtigte nationale Ansprüche der nichtdeutschen Völker des Reiches einzutreten, als dies noch in den Reihen meines Volkes vielfach Widerspruch gefunden hat. Dieser Umstand berechtigt mich wohl, festzustellen, daß die deutsche Mitarbeit am Aufbaue des czechischen Staates unter der Voraussetzung des widerprüchlichen Eintretens des deutschen Volkes in den czechischen Staat ein Ding der Unmöglichkeit ist, weil sich die Rechtsgrundlage der beiden Völker gegeneinander zugunsten des czechischen Volkes verschiebt, von dessen freiem Entschlusse es schließlich abhängt, welchem Schicksal Deutschböhmens im czechischen Staate entgegengeht. Ich habe niemals davon zurückgeschreckt, meinem Volke Fehler und Schwächen vorzuhalten, und habe es wiederholt im besonderen vor Uebererschätzung seiner Kräfte gewarnt. Dies zu einer Zeit, in welcher es in den eigenen Reihen Mißmut und Verbitterung hervorrief, die vollständig gewordenen Ziele der Politik kritisch zu durchleuchten. Heute, in der Zeit seiner tiefsten Demütigung und schwersten Not, drängt es mich, in seinen Reihen zu stehen, und so wie ich einst nicht zugegeben habe, daß das deutsche Volk besser wäre als die anderen, weil es im Begriffe schien, mit Hilfe seiner militärischen Organisation die Welt zu besiegen, so kann und werde ich heute nicht zugeben, daß es schlechter wäre als die anderen Völker, da es der Uebermacht der Feinde des Deutschthums auf dem Boden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, das deutsche Volk als Objekt der Politik zu behandeln, läßt sich nie und nimmer mit den gefährlichen Charaktereigenschaften dieses Volkes erwidern, sondern ist und bleibt der Ausbruch des bei unsren Gegnern erwachten nationalen Imperialismus und Chauvinismus. Sie seien in dem Anerbieten der nunmehrigen czechischen Gewalthaber ihre Wiedergeburt und hätten daher von mir unter allen Umständen zurückgewiesen werden müssen, wenn ich überhaupt Gelegenheit gehabt hätte, derartige Anerbietungen entgegenzunehmen. Die Czechenführer haben ohne unser Beifall, ja ohne auch nur den Versuch zu machen, unsere Vertreter zur czechischen Nationalversammlung heranzuziehen, über unser Schicksal entschieden. (Zustimmung.) Sie haben Gesetze erlassen, welche sie im Wege der Besetzung auch auf unsere deutschen Gebiete anwenden. Deutschböhmens wird als Kriegsgebiet betrachtet, in welchem der Czeche nicht als Freund, wie er manchmal angibt, sondern als Eroberer und rücksichtsloser Gewaltherrscher schaltet und waltet. (Zustimmung.)

In seiner Rede am 20. Dezember hat der Ministerpräsident Dr. Kramarzik klar ausgesprochen, daß für die Bildung der neuen demokratischen Staaten nicht der Wille der Beteiligten, sondern der einseitige Wille der siegreichen Völkerschaft maßgebend sein müsse. Für das Verbleiben Deutschböhmens in der czecho-slowakischen Republik soll lediglich die Absicht des czechischen Volkes, keineswegs die Meinung der Betroffenen maßgebend sein, denn die Unverletzbarkeit des geographischen Böhmen sei ein Palladium, und die Deutschen müßten sich daran gewöhnen, daß hierüber die czechische Politik entscheidet. Mit solchen Grundätzen stimmen freilich die von